

ins Persönliche zielende Ergänzungen. Aber was und wen treffen sie?

An den deutschen theologischen Fakultäten mag manches auszusetzen sein, auch an der Art, wie Theologie getrieben wird. Nicht zuletzt werden sich die Bischöfe Gedanken machen müssen, wie sie, nachdem mehr oder weniger jede neugegründete Universität auch eine theologische Fakultät erhalten hat, *den wissenschaftlichen Nachwuchs sichern* und wie eine oft zu akademisch-realtätsabgewandte Theologie beweglicher und gründlicher wird im Aufgreifen von Problemen und im Klären von Fragestellungen. Und gewiß bedarf gerade die deutsche Universitätstheologie aufgrund traditioneller Defizite immer wieder einer spirituellen Frischzellenbehandlung. Diese kann aber kaum darin bestehen, daß theologische Lehre und Forschung sich auf die Verdeutlichung von Lehramtsaussagen zurückzieht und nur noch päpstliche oder eine bestimmte Form bischöflicher Verlautbarungen wiederkaut. Und der deutschen Universitätstheologie mehr oder weniger pauschal Unkirchlichkeit vorzuwerfen ist schlichte Unterstellung.

Schließlich: bei allem Ärger über manche Akzente in der „Kölner Erklärung“, haben nicht andere Bischöfe, u. a. auch der Vorsitzende der Bischofskonferenz, längst signalisiert, daß auch in ihr Fragen gestellt wurden, mit denen sich Bischöfe auseinandersetzen haben, daß also mit pauschaler Verurteilung und Gesprächsverweigerung nichts gewonnen ist, daß aber auch die Unterzeichner der „Kölner Erklärung“ keine antipäpstlichen Rebellen sind und ein intellektuell redliches Gespräch mit ihnen durchaus weiterführen kann?

Vielleicht wäre aber auch zu bedenken, was im Zusammenhang mit den von Erzbischof Dyba inkriminierten „Erklärungen“ *Nikolaus Lobkowicz* – sicher auch ein für den Bischof von Fulda unverdächtigter Zeuge – angemerkt hat. Wenn sich bei der Inkulturation des Evangeliums, so Lobkowicz, Widerstände rührten, müßte immer auch gefragt werden, „ob es nicht die Apostel sind, die da etwas falsch

machen“. Wir meinen, sie machen immer dann etwas besonders falsch, wenn sie sich gegenüber den „Verwirrungen“ und „Zersetzungen“ einer in Spannungen und Widersprüchen lebenden Welt und auch gegenüber einer Theologie, die bereit ist, sich damit auseinanderzusetzen, es sich allzu unbekümmert in einem klerikalen System zurechtmachen. ^{se}

Neue Töne

Die Kirche in der DDR wird gesellschaftspolitisch aufmerksamer

In den letzten Wochen, während der Ausreise- und Umsiedlerwelle und noch vor den 40-Jahr-Feiern, hat sich in der DDR neben der evangelischen auch die katholische Kirche kräftig zu Wort gemeldet – kräftiger, als man es bisher von ihr gewohnt war. Die Bischöfe fast aller Diözesen und Jurisdiktionsbezirke haben bei sich bietender Gelegenheit gesprochen, appelliert, gemahnt – am deutlichsten neben dem amtierenden Vorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz, Bischof *Joachim Wanke* in Erfurt, und auffallenderweise der aus Gesundheitsgründen vor dem Amtsverzicht stehende Apostolische Administrator in Magdeburg, Bischof *Johannes Braun*. Er richtete Ende September einen Hirtenbrief an die Katholiken seines Sprengels. In ihm beklagte er die Lücken, die die Ausreisewelle bereits gerissen habe und „die inzwischen nicht mehr zu füllen sind“. Angesichts der vielen bisher unbeantworteten Fragen und einer grassierenden Resignation fühlten sich die Bischöfe verpflichtet, ihre Stimme zu erheben und „mit dafür Sorge zu tragen, daß das Ruder noch herumgerissen wird, bevor es zu spät ist“. Als *konkreten Schritt* forderte der Bischof die Gläubigen auf, schriftlich zur innenpolitischen und wirtschaftlichen Situation in der DDR und zur Ausreisewelle Stellung zu nehmen, in Gruppen und Gemeinden darüber zu beraten und ihm die Eingaben zuzuleiten; ein Gespräch mit der „politisch

zuständigen Behörde“ sei bereits in Aussicht gestellt.

Aber Bischof Braun war nur eine Stimme unter mehreren. Bischof Wanke, Bischof *Joachim Reinelt* von Dresden-Meißen und der neue Bischof von Berlin, *Georg Sterzinsky*, wandten sich, während sich die Bischofskonferenz als Kollegialorgan mit öffentlichen Stellungnahmen zurückhielt, in Interviews, Predigten, Aufrufen und Appellen an die eigenen Gläubigen und an die Öffentlichkeit. In fast sämtlichen Stellungnahmen waren vor allem *drei Anliegen* zu erkennen: parallel zu den evangelischen Interventionen die *Aufforderung, mit Reformen in allen Bereichen endlich ernst zu machen*; wobei insbesondere Bischof Wanke nicht nur allgemeinpolitisch argumentierte, sondern in einem Interview mit den beiden DDR-Kirchenzeitungen (St. Hedwigsblatt, Berlin, und „Tag des Herrn“, Leipzig) auch Punkte ansprach, die die Religionsfreiheit und den Umgang des DDR-Staates mit den Christen betreffen: Anerkennung des „grundlegenden Erziehungsrechts der Eltern“, Rücknahme „verpflichtender ideologischer Vorgaben in Bildungs- und Erziehungsprogrammen“, Verzicht auf Repressalien gegen Wehrdienstverweigerer.

Ebenfalls parallel zu den Äußerungen im evangelischen Bereich stand die *Mahnung, das Land nicht weiter in Scharen zu verlassen* und, bei aller Würdigung persönlicher Situationen und Motive, an den Schaden für das Gemeinwesen zu denken, der durch den Weggang der vielen entstehe (Bischof Wanke in seinem Grußwort an die evangelische Synode in Eisenach: „Dem Wohl der Patienten im Erfurter katholischen Krankenhaus kann man eben nicht in Bayern dienen“); und schließlich der sorgenvoll formulierte Appell, *Gewaltanwendung sein zu lassen*. Gewalt könne „nur schaden“, und, so Bischof Reinelt im Blick auf Gewalttätigkeiten in Dresden bei der Durchfahrt von Aussiedlerzügen aus Prag, man habe sich „in Dresden um gewaltfreie Beilegung des Konfliktes auf allen Seiten bemüht“, dennoch sei es zu „bedauerlichen Auseinandersetzungen“ gekommen.

zungen“ gekommen. Trotzdem oder gerade deswegen wagte man sich auch in der öffentlichen Auseinandersetzung weiter vor als sonst. In die Berichtsveranstaltungen über die ersten Gespräche mit Oberbürgermeister *Wolfgang Berghofer* in mehreren Kirchen Dresdens z. B. war auch die katholische Hofkirche einbezogen.

Wie die evangelische Kirche befand sich auch die katholische trotz ihrer geringeren Bedeutung für die Öffentlichkeit in der DDR in einer *Ausnahmesituation*. Ihr mußte sie sich auch politisch stellen. Es wäre eine Überinterpretation, davon zu erwarten, die katholische Kirche in der DDR werde damit insgesamt politischer. Bischof Sterzinsky räumte zwar mit entwaffnender Offenheit ein, die Katholiken hätten „eingeständenermaßen einen Nachholbedarf in der Besinnung auf unsere Arbeit in der Gesellschaft“. Und er wagte sich sogar recht weit vor, als er in der Abendschau des SFB die Zulassung oppositioneller Gruppen resp. Parteien zu Wahlen forderte. Sterzinsky stellte bei anderer Gelegenheit aber auch klar: „Die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse mit politischen Mitteln ist nicht unsere Aufgabe.“ Fast wortgleich äußerte sich Bischof Wanke im Anschluß an eine Sitzung des Ständigen Rates der Berliner Bischofskonferenz.

Dennoch ist in der katholischen Kirche in der DDR ein *neuer Ton* hörbar und auch eine *veränderte Dynamik* spürbar geworden, die sich nicht allein aus der Ausnahmesituation dieser Wochen erklärt. Die katholische Kirche öffnet sich stärker: den evangelischen Mitchristen und den gesellschaftlichen Problemen. Dies war schon auf dem Dresdener Katholikentreffen (1987) und noch mehr in dem ökumenischen Beratungsprozeß über „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ spürbar geworden. Der Wechsel in Berlin, der Amtsantritt neuer Bischöfe, ein Denken stärker in DDR-Binnen- als vorwiegend nur in Ost-Berliner Kategorien macht es nun möglich. Allerdings wird die katholische Kirche in der DDR nach außen noch lange eine – wenn auch im guten

Sinn pastoral geprägte – Bischofs- und Klerikerkirche sein: Die Bischöfe melden sich zu Wort; die mittleren und unteren Ränge und natürlich die Gemeindemitglieder haben anders als in der evangelischen Kirche mit ihren auch dort von manchen nur mit Besorgnis wahrgenommenen politischen „Stellvertreterpflichten“ als innere Opposition erst noch eine sehr schwache Stimme. se

Befreiend

Lebhafte Debatten auf dem „Wiener Pastoralforum“

In einer pessimistischen Grundstimmung trat Ende September in Wien die Delegiertenversammlung des von Kardinal *Hans Hermann Groër* einberufenen „Ersten Wiener Diözesanforums“ zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Angesichts der Zerstrittenheit, die vor allem in der Kirche von Wien nach den jüngsten Bischofsernennungen zu beobachten war, gab es kaum irgendwelche hoffnungsvollen Prognosen für dieses neue Gremium, das sich aus 215 Mitgliedern zusammensetzt: Aus dem Vorstand des Priesterrates, den Mitgliedern des Pastoralrates und der drei Vikariatsräte. 27 Delegierte wurden von den im Laienrat vertretenen Organisationen gewählt, 20 Personen von Kardinal Groër ernannt. In der Delegiertenversammlung fehlen Vertreter des kritischen Forums „Kirche ist Gemeinschaft“, das sich als Protest gegen die jüngsten Bischofsernennungen gebildet hatte, es gibt aber auch keine Delegierten der traditionalistischen Gruppe „Treue zu Papst und Kirche“.

Als sich die Delegierten in den eintägigen Beratungen zur Gruppenarbeit zusammenfanden, um über pastorale Niederlagen und Visionen, über Erfahrungen und Hoffnungen zu diskutieren, geschah etwas Überraschendes: Sie warfen nach einer Phase der Unsicherheit sehr rasch die Resignation ab und brachten pointiert und präzise viele jener Probleme zur Sprache, mit

denen sich die Kirche auseinandersetzen muß. So reklamierten Delegierte die Eigenverantwortlichkeit der Ortskirche, andere forderten, den Motiven der zunehmenden Kirchengastarbeit nachzugehen, eine Pastoral für die aus der Kirche Ausgetretenen wurde verlangt, offene Auseinandersetzungen in der Kirche dürften nicht gescheut werden, Laien sollten nicht länger „geduldete Gastarbeiter“ sein, Frauen müßten als Partnerinnen auch in der Kirche anerkannt werden, geschiedene Wiederverheiratete seien nicht länger von den Sakramenten auszuschließen, wurde urgiert, und schließlich die Forderung erhoben, kritische Gruppierungen in das Diözesanforum aufzunehmen.

Der Name von Weihbischof *Krenn* fiel in der ganzen Diskussion kein einziges Mal. Bei der Vorwahl für das Präsidium des Diözesanforums stellte sich allerdings heraus, daß Weihbischof *Krätzl* die meisten Delegiertenstimmen auf sich vereinigen konnte, Weihbischof *Kuntner* kam auf Platz 4, während Weihbischof *Krenn* mit dem 24. Platz vorliebnehmen mußte. Da *Krätzl* und *Kuntner* auf ihre Kandidatur verzichteten, wurden als Stellvertreter des von Kardinal Groër ernannten Vorsitzenden, Generalvikar *Trpin*, die Bundesvorsitzende der Frauenbewegung der Katholischen Aktion, *Ingrid Klein*, und der Pastoraltheologe Prof. *Paul Zulehner* gewählt. *Ingrid Klein* sagte nach ihrer Wahl, nach den schweren Kommunikationsstörungen solle die Kirche endlich „den Fuß von der Bremse nehmen und mit dem Blick nach vorne vorsichtig Gas geben“.

Wohl unter dem Eindruck dieser Stimmung kam es am Ende der Delegiertenversammlung zu einem unerwarteten Knalleffekt, als sich Kardinal Groër spontan zu Wort meldete und feststellte, er habe Weihbischof *Krenn* vor dessen Ernennung durch den Papst gar nicht gekannt. Der Kardinal bezeichnete *Krenns* Wirken wörtlich als „nicht unproblematisch“, *Krenn* habe durch das, was er sage, und durch das, was er nicht sage, viel Unruhe in die Diözese gebracht. Groër fügte diesen überraschenden Sätzen